

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Verlag Heinz Sahrenbrach, Düsseldorf, Florastraße 7, Telefon 14742 • Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstr. 65, Telefon 24614 • Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— M.

Nummer 6

Düsseldorf, den 6. Februar 1926.

Verandort Crefeld

Wo liegt die Schuld?

Von Dr. Röhrl.

I.

Die Arbeitslosenziffern sind gestiegen, Kurzarbeit hat um sich gegriffen, die Konkursziffern sind in die Höhe gegangen, die Geldverschuldung an das Ausland hat zugenommen; man kann nicht sagen, daß wir in einer Zeit geradezu blühender Wirtschaft leben, zumal eine gewisse Ausdehnung der Depression noch bevorzuzustehen scheint. „Depression?! Die wirtschaftliche Lage ist trostlos, ist katastrophal!“ So sind viele zu rufen bereit, wenn man von Depression spricht. „Einfach katastrophal!“ Und dann kommen noch immer die allbekanntesten Lamentationen über die Gründe: Passivität der Handelsbilanz, der Zahlungsbilanz, die überhöhen Steuern und Soziallasten, die hohen Zinsen, die hohen Produktionskosten (lies: Löhne), das Unverständnis des Reichsarbeitsministeriums, und dann noch ein einziges, was gerade im Augenblick aktuell erscheint.

An dieser Aufzählung merkt man schon, wer so jammert: es sind die Sach- und Geldkapitalisten (Arbeitgeber oder Unternehmer wäre ein bißchen viel gesagt), die Industriellen, die Gewerbetreibenden, die Innungsleute, die Händler. Diese Leute nennen sich gern mit einem stolzen Sammelwort: „Die Wirtschaft“ — „Die Wirtschaft“ zur Vollfrage, „die Wirtschaft“ und die neuen Steuern. „die Wirtschaft“ über unsere Handelsverträge, „die Wirtschaft“ Locarno, so oder ähnlich kann man fast täglich in den Zeitungen lesen, und dann wird ausgeführt, daß etwa die Spitzenverbände der Industrie, des Großhandels usw. diese oder jene Äußerung von sich gegeben haben oder bei dieser oder jener Regierungsstelle vorstellig geworden sind; oder es wird daselbe nicht einmal von Verbänden, sondern von einigen prominenten Wirtschaftsführern gesagt. „Die Kinder, sie hören es gerne“, nämlich daß sie „die Wirtschaft“ sind.

In dem Gejammer der „Wirtschaft“ liegen Anklagen. Angeklagt wird der Staat, der zu viel Steuern nimmt und der „Wirtschaft“ auch sonst ungebührliche Fesseln und Lasten auferlegt, angeklagt wird die Arbeiterschaft, die angesichts der katastrophalen Lage nicht länger und billiger arbeiten will. Nicht angeklagt wird die „Wirtschaft“. Makellos, in unschuldsvoller Keuschheit, mit dem besten Willen, mit den lautesten Absichten, mit Qual im Herzen um das harte Schicksal der Arbeitslosen steht sie da, leidet der Unvernunft des Staates und Arbeiterschaft gegenüber machtlos. So ungefähr.

Und doch, und doch, wenn man genauer hinsieht? ... nur auf einige Punkte sei so ganz von weitem von einem natürlich völlig „Unfachverständigen“, der „gar nicht in den Dingen drin steht“, der „einfach etwas dahergebaupt“, hingewiesen.

II.

1. Die Konkursziffern der letzten Monate überragen die der Friedenszeit (die Zeit der blühenden Wirtschaft) gewiß, aber doch nur ganz wenig. So 700 bis 200 Konkurse monatlich gab es auch damals. Die der letzten Monate lagen zwischen 700 und 1400. Wir haben aber, und das ist wohl zu bedenken, mehr als das Doppelte an Unternehmungen, die schon bei der Gründung faul waren. Wer hat diese faulen Unternehmungen gegründet? Sind Staat und Arbeiter es schuld, wenn sie sich nicht halten können? Zieht sie ab, was bleibt dann noch Normales? Auch früher gingen schon alte, ehrliche Geschäfte pleite. Sind es heute mehr? (Uebrigens entstehen so viele, zeitweise sogar noch mehr neue Geschäfte usw., als verschwinden.)

2. Wir haben einen gewiß nicht befriedigenden **A u ß e n m a r k t**. Müht das nicht zum Teil von den hohen Schutzzöllen her, die unserem Außenhandel entgegenstehen, und führen diese nicht zum Teil von unserer eigenen Hochschutzzöllen her? Wer hat nun diese mit aller Macht gefordert? Sodann: Wer hat durch rigorose Lieferungsbedingungen die ausländischen Kunden absperrig gemacht? Ist es beispielsweise wahr, daß die Rüstindustrie in der Nachkriegszeit von amerikanischen Rüstimporteuren den drei- bis vierfachen Goldpreis der Vorkriegszeit gefordert hat? Waren der Staat und die Arbeiter an diesen hörenden Preisfestsetzungen beteiligt? Und schließlich: Kauft nicht der Importeur ohne Rücksicht auf den Exporteur in den Ländern, wo er im Augenblick am besten sein Privatinteresse gedeckt sieht? Kommt dabei die höchste Nugwirkung für die deutsche Wirtschaft heraus?

3. Wenn die Steuern zu hoch sind, so ist doch die Frage berechtigt, wer sie gemacht hat? Stand nicht die Regierung, die den Bedarf anmeldete und die Entwürfe einbrachte, den Kapitalisten viel näher, als der Arbeiterschaft? Und weiter: Waren an der Beratung dieser Steuern nicht die Vertreter der Kapitalistengruppen beteiligt? Haben nicht die Fraktionen den Steuern zugestimmt, die „die Wirtschaft“ als ihre Interessenvertretungen ansieht? Darauf sollten die Klagen doch einmal näher eingehen. Und dann: Wer kommt denn eben Augenblick nach Berlin, um von diesem angeblichen Sündenbündel, „das der Wirtschaft abgepreßt wird“, zu holen? Und wer bekommt am meisten von den „enormen Ueberschüssen“ ab. Etwa die Arbeiter? Haben die die berühmten 750 Millionen bekommen? Bekommen sie die

gewaltigen Darlehen zu Vorzugszinsfüßen? Oder wer ist es? — Und wenn werden denn die Steuern in weitem Ausmaße gestundet? Etwa der Firma Krupp oder ihren Arbeitern?

4. Verhältnismäßig wenig Klagen hört man aus den Kreisen der Sachkapitalisten über die wucherischen Zinsen, obschon hier eine Hauptwurzel unseres Übels berührt wird. Der Grund für die schweigende Verhüllung der Haupter liegt auf der Hand. Es sind ja nicht Arbeiter, und es ist auch nicht der Staat, der so hohen Debet-Zins nimmt und so niedrigen Einlagenzins zahlt, sondern das sind ja — die Kapitalisten selbst, die Geldkapitalisten. Und diese haben die Industriellen, auch die großen, heute ganz anders an der Strippe, und lassen sie es ganz anders fühlen, als es jemals die Arbeiterschaft oder der Staat gekonnt oder gewollt hat. Aber da darf man halt nichts sagen, da muß man auf etwas anderes abzielen, aber in der Tat liegt hier eine der größten Hemmnisse gegen einen gedeihlichen Fortgang der Wirtschaft überhaupt.

5. Das andere Haupthemmnis liegt in den viel zu hohen Preisen. Nicht nur gegenüber der Kaufkraft sind diese Preise zu hoch, sondern auch im Verhältnis zu den Löhnen und den sonstigen notwendigen Gesehungskosten. Einsichtige Wirtschaftler sind sich darüber völlig klar. Infolgedessen kein Absatz, also auch keine Gelegenheit zu neuer Produktion und zu raschem Geldumsatz. Also Verlangsamung des Kreislaufes der Güter in der Volkswirtschaft und magere Ergebnisse in der Privatwirtschaft bei

Goldene Gelegenheiten

nutzen auch der Faulheit nichts; der Fleiß aber macht selbst die gewöhnlichsten Vorkommnisse zu goldenen.

In der Gewerkschaft bietet sich Dir eine goldene Gelegenheit, durch treue Mitarbeit zu Deinem Teile mitzuhelfen am wirtschaftlichen und kulturellen

Aufstieg des Arbeiterstandes.

erhöhten Kosten. Und wo liegt die Schuld? Wer verweist sich auf die zu hohen Preise? Nicht die Arbeiterschaft, nicht der Staat, nicht der Auslandskäufer, sondern der industrielle Sachkapitalist und Gewerbetreibende selbst! Und die Kartelle! Diese letzteren sind wahren Unternehmern häufig genug ein Grauel. Aber, so heißt es, diese wenigen können nichts machen. (Wie sagten wir doch einleitend: Es gibt wenige Unternehmer unter den Sach- und Geldkapitalisten.) Dieser Umstand darf jedoch nicht dazu verleiten, die Antwort auf die Frage nach der Schuld an den heutigen Wirtschaftsverhältnissen zu verdunkeln.

6. Kein vernünftiger Mensch wird leugnen, daß die Verwaltung unserer öffentlichen rechtlichen Körperschaften zu kostspielig ist, daß zuviel verwaltet und zuviel Personal in den einzelnen Körperschaften tätig ist. Gerade die „Wirtschaft“ beklagt sich darüber. Und doch ergibt sich bei genauerem Zusehen, daß dieses Klagen gar nicht so ernst gemeint sein kann. Denn „die Wirtschaft“ hat es in der Hand, ihnen ein Ende zu machen. Die Aufblähung des Verwaltungsapparates, seine Umständlichkeit, seine Kostspieligkeit liegt nämlich nicht darin, daß wir zuviel Ämterträger, Ordnungsbeamte, Kanzlisten haben, sondern darin, daß die oberen Stellen, die gut bezahlten Stellen überfüllt sind? Hier sitzen aber nicht Leute, die aus den Reihen der Arbeiter hervorgegangen sind, hier sitzen auch nicht die Abkömmlinge, Protektionkinder oder Parteigänger der Arbeiter oder die Mitglieder von Gewerkschaften. Hier sitzen auch keine Leute, die wenn es mit ihnen in ihrem Werk zu Ende geht, von den Arbeitern in deren Wohnungen aufgenommen werden möchten, sondern hier sitzt das Heer der vielen, die in allen den genannten Punkten den Sach- und Geldkapitalisten durchweg weit näherstehen. Würde „die Wirtschaft“ ernstlich gewillt sein, hier den notwendigen Abbau herbeizuführen, sie würde es gewiß durchzuführen vermögen; die politische Unterstützung der Arbeiterschaft dürfte ihr dabei sogar zuteil werden. Doch „so ist es nicht gemeint.“

III.

Würde man noch weiter forschen, so würde man noch manche Stellen herausfinden, wo die Schuld „der Wirtschaft“ liegt. Es sei diesmal mit dem Angeführten genug. Leider ist die Hoffnung gering, daß „die Wirtschaft“ aus eigener Einsicht zur Erkenntnis und von da zur entschlossenen Besserung gelangt. Die Not wird ihre Lehrmeisterin sein müssen. Traurig, daß Millionen von Menschen, die wirklich nichts daran tun können, darunter recht hart leiden müssen. Aber die Gewerkschaften haben in jeder Hinsicht die Verpflichtung, dahin zu wirken, daß „die Wirtschaft“ ihre Pflicht tut. Dazu gehört, ihr zu zeigen, wo ihre Unfähigkeit liegt. Hat nicht „die Wirtschaft“ jahrelang behauptet, die Minderleistung der Arbeiterschaft sei des Übels Wurzel? Und hat sie dies zu Recht oder zu Unrecht behauptet? Seute wissen wir es.

Zum Problem der Wirtschaftskrise.

Die gegenwärtige Wirtschafts- und Arbeitslosenkrise ist keine akute, aus wirtschaftlichen wiederkehrenden Konjunkturen entstandene Krise. Ihre Ursachen liegen tiefer, sind grundsätzlicher Art — und wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird ihre Entwicklung und Auswirkung als Dauerkrise von längerer Zeit unser Wirtschaftsleben in grundsätzlicher umstellender und umgestaltender Form beeinflussen. Ungefunde, aus der Zeit der Inflationsjahre entstandene falsche Wirtschaftsgrundsätze müssen über Bord geworfen werden. „Ausreichende Löhne und vollkommenste Technik“ muß anstelle des Nachkriegsschemas „Lohndruck und Fortwursteln mit veralteter Technik“ Produktionsgrundsatz auch für die deutsche Industrie werden. „Großer Umsatz mit kleinstem Nutzen“ Geschäftsprinzip des deutschen Kaufmanns. „Wertarbeit“ unter diesen Gesichtspunkten die Parole der gesamten deutschen Wirtschaft. Nur dann, wenn sie uns diese Umstellung bringt, ist die Krise das, was wir alle erhoffen: eine Gesundungskrise der deutschen Wirtschaft.

Täuschen wir uns deshalb über die weitere Entwicklung und den Verlauf der Krise nicht! Eine solche Umgestaltung oder besser gesagt, Auswirkung, ist nicht von heute auf morgen erreicht. Wir müssen darum — ohne deshalb unsern Optimismus und unser Vertrauen in die deutsche Wirtschaft zu verlieren — doch mit einer nachhaltigeren Entwicklung der Krise rechnen. Das weitere enorme Steigen der Arbeitslosenziffern (von 1 Mill. Hauptunterstützungsempfänger Mitte Dezember auf 1,5 Mill. Anfang Januar) und die weitere Zunahme der Stilllegungsanträge bei den Regierungen — (bei der Regierung in Breslau gingen z. B. im Oktober 16, im November 21 und im Dezember 51 Stilllegungsanzeigen ein!) bestätigen das.

Es erscheint unter diesen Gesichtspunkten zum mindesten bedenklich, zu glauben, mit den jetzigen Palliativmitteln der Arbeitslosenfürsorge die Krise zu bekämpfen — oder auch nur auf die Dauer für die betroffenen Volksschichten erträglich machen zu können. Die unzulänglichen Unterstützungssätze erfordern eine weitere Erhöhung derselben, die Zahl der Bezugsberechtigten wächst von Woche zu Woche, die finanziellen Anforderungen der Arbeitslosenfürsorge steigen damit heftig an. Die Basis für die Aufbringung der Mittel dagegen verringert sich mit dem Fortschreiten der Krise mehr und mehr. Raschestes Wiederankerkeln unseres Wirtschaftslebens also tut not, — und muß ebenso Ziel und Aufgabe der Wirtschaft selbst wie des Staates sein. Das heisst für die deutsche Wirtschaft: die Mahnung und das Gebot der Krise zu erkennen und zu erfüllen! Für den Staat: in Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik dazu den Weg zu weisen und Helfer zu sein. In der Frage der Arbeitslosenfürsorge zwingt uns diese Notwendigkeit, die erforderlichen Leistungen und Maßnahmen des Staates nicht allein vom sozialen, sondern ebenso und vor allem vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten aus durchzuführen. Mit anderen Worten: Durch die Maßnahmen der Arbeitslosenfürsorge dem Wirtschaftsleben positive und wirklich produktive, d. h. sich schnell im Wirtschaftsleben wieder auswirkende Hilfe, zu leisten.

Durch die jetzigen Maßnahmen der Länder, Provinzen, Städte und Gemeinden geschieht das zum weit größten Teile nicht. Denn letzten Endes bringen die als Notstandsarbeiten der Arbeitslosenfürsorge in Angriff genommenen oder durchgeführten Straßen-, Kanalisations-, Bahn- und sonstigen Arbeiten ganz besonders in Anbetracht der Planlosigkeit, mit der dieselben oft „durcheinandergeremelt“ werden, solche Wirtschaftshilfe nicht. Ein Wiederflottmachen unserer Wirtschaft wird damit ebensowenig wie die Möglichkeit der Aufbringung neuer Mittel für den Bedarf der Arbeitslosenfürsorge erreicht. Die „Breslauer Neueste Nachrichten“ machen in Betrachtung dieser Tatsache beachtliche Vorschläge: Schaffung eines Notstandsarbeitsplanes auf provinzieller Grundlage seitens Oberpräsidenten, Regierungen und Landesbehörden — unter Aufstellung einer Liste derjenigen Notstandsarbeiten, die nicht planlose Mittelvergeudung, sondern von dauerndem Wert sind. Wir ergänzen dazu: Verwendung der Mittel der Arbeitslosenfürsorge in geeigneter Form im direkten Dienste der Wirtschaft im ausgedehnten Sinne der Wiederankurbelung derselben. Und wir erheben, durch die Entwicklung der Krise bestärkt und in unseren Begründungen bestätigt, erneut unsere Forderung: In die Wirtschaft als fehlendes Organ die Bezirkswirtschaftsräte einzufügen und sich in ihren gestellten Aufgaben bestätigen und auswirken zu lassen. Ganz außerordentlich beachtenswerte Ausführungen sind es, die die „B. N. N.“ machen, indem sie in ihren Betrachtungen weiter sagen:

„Das Allerwenigste aber bleibt zweifellos die Einrichtung lediglich nach wirtschaftlichen — also unter Ausschaltung aller politischen und insbesondere parteipolitischen Rücksichten — zusammengefügter Sachausschüsse, die jeder Regierung Mittel und Wege weisen, die Wirtschaft ihres Bezirkes wieder in Betrieb zu setzen. Wenn auch naturgemäß die Wirksamkeit eines solchen Gremiums sich nicht bis in die kleinsten Werkstätten erstrecken kann, wenn es ihm nicht gegeben ist, Widerstände zu beseitigen, die zum Beispiel in weltwirtschaftlichen Vorgängen begründet liegen, vermögen doch aller Wahrscheinlichkeit nach sachmännische Beratungen und Fingerzeige wenig-

aus eine Entspannung und Besserung zu erzielen, auf der dann weitergebaut werden kann. Nicht jeder Betrieb, der heute stillsteht, ist unbedingt dazu gezwungen, Sonderinteressen, unrentable Betriebsmethoden, unrichtige Kalkulationen sprechen oft ein viel zu gewichtiges Wort mit. In vielen Fällen wird schon ein „Ankurbelungskredit“ zu vernünftigen und tragbaren Bedingungen genügen, einen sich bescheiden sich rentierenden Betrieb wieder aufzunehmen, den Erwerbslosenmarkt zu entlasten und die innere Kaufkraft zu heben. Ganz besonders aber ist sachmännischer Rat dort vonnöten, wo Auslandsgeschäfte nur im beswillen stocken — und damit der Betrieb — weil die Konkurrenzfähigkeit verloren ging.“

Die Gedanken, die hier ausgesprochen werden, sind eine so wertvolle Bestätigung unserer Forderung — im Hinblick insbesondere auf die gegenwärtige Lage und zukünftige Entwicklung unserer Wirtschaft — daß sie uns Anlaß sein müssen, unter Hinweis auf diese Notwendigkeiten unsere Forderungen mit erhöhtem Nachdruck erneut zu erheben. Ganz mit Recht sagen die B. N. N.: „Das sind Aufgaben, die weder die Parlamentsvertreter, noch die Banken, noch die Beamten der öffentlichen Arbeitsverwaltung allein zu lösen imstande sind.“

Das sind Aufgaben, die nur die Bezirkswirtschaftsräte lösen können! Das Problem der Wirtschaftskrise, das Problem der Erwerbslosenfrage, die Notwendigkeit solcher positiver Hilfe, weisen uns mit zwingender Notwendigkeit darauf hin, Bezirkswirtschaftsräte zu schaffen als Organe, die für unser Wirtschaftsleben in der Zukunft unentbehrlich sind.

Lohn- und Arbeitsstreitigkeiten.

Skandalöse Zustände bei der Firma B. Meyer, G. m. b. H. in Wipperfurth.

Wie viel ist nicht schon über das Kapitel, den Arbeiter im Betrieb als Mensch zu werten und zu behandeln, geredet und geschrieben worden. Selbst aus Kreisen, die mit der Arbeiterbewegung nichts zu tun haben, wurde schon öfter ein Appell an die Unternehmer gerichtet, sich mehr in die Psyche des Arbeiters hineinzuversetzen. Sogar aus Unternehmerkreisen selbst wurden schon hier und da Stimmen in diesem Sinne laut. Wie weit wir jedoch von einer derartigen Einstellung bei den Unternehmern noch entfernt sind, geht aus den geradezu skandalösen Verhältnissen bei der Firma Bernhard Meyer, G. m. b. H. in Wipperfurth hervor.

Die Arbeiter werden bei dieser Firma wirklich nur als Nummer betrachtet. Den unglaublichsten Schikanen seitens des Betriebsinhabers bezw. dessen Beauftragten ist die Belegschaft ausgesetzt. Tarifvertragliche, arbeitsrechtliche, sowie gesetzliche Schutzbestimmungen scheinen für die Firma nicht zu bestehen. Treu und Glauben scheinen dem Inhaber ebenfalls unbekannte Begriffe zu sein. Trotzdem die Firma Mitglied des Arbeitgeberverbandes und als solche an die tariflichen Abmachungen gebunden ist, werden dieselben einfach umgangen. Akkordlöhne werden einseitig reduziert und in Kraft gesetzt, vor kurzem in der Weberei noch um rund 25 Prozent, das sind 8-10 Pf. pro tausend Schuß je nach Artikel. Daß nach einer solchen gewaltigen Reduzierung der tariflich festgelegte Mindestlohn nicht mehr erreicht werden kann, ist ziemlich selbstverständlich, zumal schon vor der Reduzierung für viele Arbeiter diese Möglichkeit garnicht bestand. Dem glaubt die Firma aber dadurch begegnen zu können, daß sie die Arbeiter, die ihren Tariflohn nicht erreichen, aber auf Grund des Tarifvertrages beanspruchen, einfach als „minderleistungsfähig“ bezeichnet. Mit der Faust in der Tasche sehen die Unorganisierten diesem Treiben zu. Die Syndikanten fassen gerne, wenn die gewerkschaftliche Organisation die Dinge grundsätzlich anpacken und abändern würde. Wie sich die Mitglieder unseres Verbandes hier vor-



Wilhelm Hermes

25 Jahre im Dienste unseres Verbandes.

Im Dezember 1896 wurde in Wachen der Grundstein für die christliche Textilarbeiterbewegung gelegt. Im September 1898 schloß sich auch in W.-Glabbach die christlichen Textilarbeiter zu einer eigenen Berufsorganisation zusammen. Anlaß hierzu hatten insbesondere die kath. Arbeitervereine „Concordia“ Hauptparke und „St. Josef“ Eicken, gegeben, wo man sich schon lange Zeit vorher mit der sozialen Lage der Arbeiterchaft beschäftigt hatte. Von den damaligen Präsidien dieser Vereine, Kaplan Müller (jetzt Prälat Dr. Müller in W.-Glabbach) und Kaplan Hinsenka mp (jetzt Dechant in Bonn), wurden die Bestrebungen der Arbeiter eifrig unterstützt. Seit der Gründung unseres Verbandes gehörte Kollege Hermes dem Vorstand an und hat dem ersten Vorsitzenden, Franz Dehaat, der jetzt in der Genossenschaftsbewegung tätig ist, in seinen Arbeiten immer treu zur Seite gestanden. Ganze Tage und manche Nächte hat er in uneigennützig und idealer Weise seine ganze Kraft der Bewegung geopfert. Kein Weg war ihm zu weit, kein persönliches Opfer zu groß, wenn es galt, für die Interessen der Textilarbeiterchaft einzutreten. Die schwierige und mühselige Arbeit war ihm niemals ein Hindernis, an der Verwirklichung der Ziele unserer Bewegung nach besten Kräften zu arbeiten. Recht bald hatte man in dem Kollegen Hermes den ruhigen und gewissenhaften Führer erkannt. Darum beschloß eine im Januar 1901 stattgefundene außerordentliche Generalversammlung, den Kollegen Hermes als hauptberuflichen Leiter für den Verband anzustellen und ihm die Führung der Verbandsgeschäfte zu übertragen. Im April 1901 kam es zur Gründung des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands. Der W.-Glabbacher Bezirksverband unter der Führung des Kollegen Hermes bildete von der Gründung des Verbandes an ein sehr wichtiges Kernstück des Zentralverbandes. Das Betätigungsfeld des Kollegen Hermes wurde immer größer. Je mehr man aber den Verband behauptete, desto stärker wurde er. Nicht zuletzt deswegen, weil Kollege Hermes mit Geschick und insbesondere mit unermüdlicher Schöpfungskraft und Gewissenhaftigkeit die noch jungen und an Erfahrungen noch arme Bewegung über alle Schwierigkeiten hinweg zu steuern wußte.

Am 30. Januar feierte Kollege Hermes sein 25-jähriges Dienstjubiläum. Der Jubilar kann auf ein Vierteljahrhundert mühevoller, arbeits- und opferreicher Tätigkeit im Dienste der christlichen Arbeiterbewegung zurückblicken. Möge ihn Gott uns noch lange in ungebrochener Mäßigkeit und Frische erhalten. Das ist nicht nur der von Herzen kommende Wunsch der Verbandsleitung, sondern wird auch bestimmt gewünscht von tausenden von Verbandsmitgliedern, die den Jubilar in seiner langjährigen Tätigkeit kennen gelernt haben.

Schaden bewahren können, ist zur Genüge bewiesen worden. Nicht weniger als 30 Einzelklagen wurden in den vergangenen Monaten durch unseren Verband gegen die Firma angehängt, die fast reiflos zu Gunsten unserer Mitglieder entschieden wurden. Tausende von Mark wurden hierbeifür unsere Mitglieder herausgeholt.

Außer der Nichteinhaltung tariflicher Abmachungen sind rücksichtslose Entlassungen an der Tagesordnung. Wer sich dem Willen dieser „Herren“ menschen nicht fügt, liegt aufs Pflaster. In einer Anzahl von Klagen durch unseren Verband gehen ungerechtfertigte Entlassungen, wurde die Firma ebenfalls verurteilt, die Arbeiter wieder einzustellen und bezw. hohe Entschädigungssummen zu zahlen. Seit einiger Zeit versucht nun die Firma, durch Werksbeurlaubung die „Hexer“ zu beseitigen. Nachdem dieses in einem ziemlich starken Umfang (75 Prozent) geschehen ist, stellt die Firma einen Antrag auf teilweise Betriebseinschränkung, um 60 Arbeiter, unter dem Schutz dieser Verordnung, entlassen zu können. Hierbei stehen in erster Linie jene Arbeiter auf der Entlassungsliste, für die wir in letzter Zeit geklagt haben, die also nicht mehr wie ihr Recht beansprucht haben. Aber auch hierüber werden wir uns noch an anderer Stelle auseinanderzusetzen haben und zum Schutze unserer Mitglieder nichts unversucht lassen. Die Firma plant eben die gründliche Säuberung ihres Betriebes von Leuten vorzunehmen, die sich der Unternehmernkute nicht beugen wollen. Der jetzige Betriebsratsvorsitzende wurde schon zum zweitenmal werksbeurlaubt, womit sich z. Bt. das zuständige Gewerbeaufsichtsamts beschäftigt.

Unter dem Nachdruck des Firmeninhabers haben nicht allein die Arbeiter, sondern auch die höchsten Angestellten zu leiden. So wurden vor kurzem der langjährige Direktor, ein Prokurist und mehrere Meister entlassen. An diese Angestellten ist die Firma noch mit längeren Gehaltszahlungen gebunden. Das alles ist der Firma anscheinend nebenfächlich, wenn es dabei nur nach „ihrem Willen“ geht. Die Entlassungen dieser Angestellten fanden nicht etwa wegen einer notwendigen Betriebseinschränkung statt, denn die Stellen wurden z. T. sofort durch Neueinstellungen wieder besetzt. Vielleicht hat der Inhaber bei einzelnen ein „Menschenherz“ entdeckt.

Die Zustände bei der Firma haben eine derartige Schärfe angenommen, daß sich selbst der Vorstand des Arbeitgeberverbandes mit den Verhältnissen der Firma B. Meyer beschäftigte und sich zu einer Erklärung gegen die Firma veranlaßt sah.

Die Arbeiterschaft möge aus den Zuständen die notwendige Lehre ziehen und für eine straffere Organisation im Betriebe Sorge tragen. Die Beseitigung der Mißstände ist letzten Endes nur eine Willensfrage, von der das Wohl oder Wehe der Belegschaft für die Zukunft abhängt.

Für die Pfalz wurde am 14. Januar ein neuer Schiedsspruch gefällt, der den Schlohn um 2 Pfennig, von 56 auf 58 Pf. erhöhte. Der Spruch vom 11. Oktober 1925 sah eine Erhöhung um 4 Pfennig vor. Dieser wurde aber von den Arbeitgeber abgelehnt. Der damals gestellte Antrag auf Verbindlichkeitsklärung hatte keinen Erfolg. Der Schlichter hatte seinerzeit eine Befestigung der Betriebe vorgenommen. Diese Befestigung führte allerdings nur in die schlicht gehenden Tuchbetriebe. Ob die Arbeitgeber den jetzigen reduzierten Schiedsspruch annehmen, ist noch nicht bekannt. Es scheint aber nunmehr der Weg für eine Verbindlichkeitsklärung frei zu sein.

In Wiesbaden kündigten die Gewerkschaften das Mehrarbeitszeitabkommen bis zum 1. Februar ds. Js. Mit Schreiben vom 13. Januar beantragten die Arbeitgeber, dieses Abkommen bis 30. 12. ds. Js. weiterlaufen zu lassen. Widerspruchlos können wir eine derartige Verlängerung des Mehrarbeitszeitabkommens nicht hinnehmen. In der gegenwärtigen Zeit der Krise müßte vielmehr die Arbeitszeit verkürzt werden, damit die Zahl-

Erfinderschicksale in der Textilindustrie.

(Schluß.)

Die stärkste und weitgehendste Umwälzung auf dem Gebiete der Webereitechnik erfolgte jedoch erst durch die Erfindung und Einführung des mechanischen Antriebs der Webstühle, also durch den Kraftwebstuhl, durch den die gesamte Webereiindustrie in der Folgezeit erst den Aufschwung nehmen konnte, der sie bis zu ihrer heutigen Höhe und Bedeutung führte. Mit diesen Erfindern, deren Tätigkeit der Erreichung dieses Zieles diente, wußten wir uns nunmehr beschäftigt. Schon Leonardo da Vinci, dessen Entwurf einer Spinnmaschine wir bereits erwähnten, beschäftigte sich auch mit der Erfindung eines mechanischen Webstuhles, der jedoch ebenfalls wie jene im Entwurf stecken geblieben ist. Dann finden wir aus dem Jahre 1678 Mitteilungen über die Erfindung eines mechanischen Webstuhles vor, als deren Urheber der französische Gelehrte de Genne genannt wird. Doch ist auch dessen Idee nicht zur praktischen Anwendung gekommen, da er bei den Webern keinen Anklang für diese fand. Dann finden wir den berühmten französischen Erfinder Baucaisson, der in der Geschichte der Textiltechnik eine sehr bedeutende Rolle spielt, auch mit der Erfindung eines mechanischen Webstuhles beschäftigt, der mit Kurbelantrieb versehen war und mit Wasserkraft betrieben werden sollte. Ein Fabrikant in Roubaix stellte auch einige solcher Stühle versuchsweise auf, konnte jedoch keinen dauernden Erfolg damit erzielen, so daß diese Erfindung Baucaissons wieder in Vergessenheit geriet. Als dann die Spinnmaschinen erfunden worden waren, durch welche die Caraproduktion gewaltig zunahm, war auch in verstärktem Maße der Antrieb zur Erfindung und Anwendung von Webstühlen gegeben. Denn die neuen Spinnmaschinen erzeugten viel mehr Garn, als die alten Handwebstühle zu verarbeiten vermochten, und die Erfindungen Hargreaves, Arkwrights, Cromptons usw. hätten ihren Zweck verfehlt, wenn es nicht gelang, auch Webmaschinen zu erfinden, vermöge derer die vermehrte Garnproduktion in entsprechendem Maße verarbeitet werden konnte. Das konnte nur durch einen Webstuhl mit mechanischem Antrieb erreicht werden, und damit war ein Problem von größter industrieller und technischer Wichtigkeit gegeben, an dessen Lösung sich sehr viele erfindertätige Köpfe versuchten. Der Erfinder, dem es gelang, dieses Problem zu lösen, war Dr. Edmund Cartwright, Prediger in Brampton in England, ein Mann von großer mechanischer und erfindertätiger Intelligenz. Durch eine Unternehmung in einer Gesellschaft, in der Dr. Arkwrights Spinnmaschine erdort und darauf hingewiesen wurde, welche gewaltige industrielle Bedeutung es für das ganze Land haben müßte, wenn es gälte, auch das Gewand zu dieser Maschine, nämlich die mechanisch betriebene Webmaschine zu erfinden, wurde er zum Bau einer solchen Maschine angeregt. Ohne die Konstruktion des Webstuhles näher zu kennen oder in ihnen zu arbeiten gesehen zu haben, machte er sich doch wagemutig an die Lösung dieses Problems nach einer ihm vor-

schwebenden Idee. Der Versuch fiel dementsprechend aus. Zwar ließ der auf solche Weise entstandene Webstuhl im Prinzip die Möglichkeit des mechanischen Antriebs erkennen, die Arbeitsweise war jedoch so unbeholfen und schwerfällig, daß an eine praktische Verwertung der Maschine nicht gedacht werden konnte. Bei dieser ersten Maschine Cartwrights war die Kette vertikal gerichtet, die Lade mit dem Kettblatt hatte ein Gewicht von über einem halben Zentner, und die Federn, mit denen das Schiffchen bewegt wurde, waren nach Cartwrights eigener humortvoller Schilderung so stark, daß sie ausgereicht hätten, eine Kanonenkugel fortzuschleudern. Zwei kräftige Männer waren nötig, um die Maschine in langsame Bewegung zu setzen und konnten die schwere Arbeit dennoch nur kurze Zeit aushalten. Immerhin aber webte Cartwright auf diesem Ungetüm von Maschine ein Stück Tuch, was ihn so weit ermutigte, daß er sich ein Patent geben ließ. Als er dann jedoch die Weber bei der Arbeit kennen gelernt hatte und fand, daß diese mit ihrem alten Webstuhl viel schneller und leichter zu weben vermochten, als es jemals mit seiner Maschine der Fall hätte sein können, baute er diese beiseit um und kam zu einer neuen und verbesserten Konstruktion, die sich als ein wirklich brauchbarer mechanischer Webstuhl erwies und die er sich im Jahre 1789 patentieren ließ. Diese Maschine ließ Cartwright ursprünglich durch Wasserkraft treiben, später richtete er sie für den Antrieb mit Wasserkraft ein und schließlich auch für den Dampfbetrieb.

Die Erfindung erregte in England das allergrößte Aufsehen. War doch eine seit Jahrhunderten lediglich durch Menschenkraft betriebene Maschine zum ersten Mal mit mechanischem Antrieb versehen worden, ein Problem, das bis dahin von den meisten für unlösbar gehalten worden war, und dessen Lösung ganz unabsehbarer Auswirkung ersah. Cartwright selbst gründete in Doncaster eine Weberei, in der er 20 mechanische Webstühle aufstellte. Mangels genügender geschäftlicher Gewandtheit rentierte sich die Fabrik jedoch nicht, so daß er sie nach wenigen Jahren wieder aufgeben mußte. Andere Fabrikanten brachten seine Erfindung mit besserem Erfolg als er selbst zur Anwendung. Da der in der Geschichte der Erfindungen, besonders der auf textiltechnischem Gebiet, so oft bekundete Kräftegeist und Eigennutz der englischen Industriellen auch diesem Erfinder gegenüber in die Erscheinung trat, und die Benutzer seiner Patente ihm jegliche Entschädigung ablehnten obwohl Cartwright sein gesamtes und viel fremdes Vermögen für seine Erfindung geopfert hatte, wurde er in eine Reihe schwieriger Prozesse verwickelt, die ihm sein letztes Geld kosteten, und ihm das Leben verdirbten. Erst später gewährte ihm das englische Parlament aus Staatsmitteln eine Entschädigung von 10 000 Pfund Sterling. Cartwright, der das Dreifache dieser Summe auf seine Erfindung verwandt hatte, pflegte mit Galgenhumor zu sagen, das Parlament habe ein Drittel der Schuld Englands an ihn abgezahlt.

Gleichzeitig mit Cartwright hatte übrigens auch der schottische Arzt Dr. James Jeffrey einen mechanischen Web-

stuhl gebaut, ohne von der Erfindung Cartwrights zu wissen. Er hatte in seiner Praxis die Tätigkeit der Kunstweber kennen gelernt und war dadurch angeregt worden, eine Vorrichtung zur mechanischen Auslösung dieser Arbeit zu erfinden, was ihm auch durchaus gelang. Er erhielt auf den von ihm gebauten mechanischen Webstuhl ebenfalls ein Patent, mußte jedoch die Ausbarmachung seiner Erfindung anderen überlassen. Noch ein anderer Schotte, der Instrumentenmacher Kinloch, wurde der Erfinder eines mechanischen Webstuhles, der im Jahre 1793 patentiert wurde. Die Tätigkeit dieser Erfinder bewirkte es, daß die Einführung des mechanischen Webstuhles in Schottland unabhängig von der in England selbst und früher als hier erfolgte.

Noch eine große Anzahl anderer Erfinder kennt die Geschichte der Textilindustrie, und die hier genannten Namen sind nur die hervorragensten in der großen Reihe jener Männer, denen die heutige Textiltechnik ihre Entstehung und Entwicklung verdankt. Ein schweres und wechselvolles Schicksal war allen diesen Erfindern beschieden, und selbst jene, die schließlich mehr oder weniger große Erfolge schon zu Lebzeiten verzeichnen durften, haben dennoch vor dem alle Leiden des Erfindertodes erfahren. In der Mehrzahl der Fälle ist die Textilindustrie undankbar gegen ihre großen Männer gewesen, und es ist nur eine schwache Entschädigung, daß sich die Erfinderschicksale auf anderen Gebieten vielfach auch nicht günstiger gestaltet haben. Gerade jene Erfinder, die durch ihre Tätigkeit die Grundlagen der heutigen Textiltechnik geschaffen haben, jene Männer, die zuerst die Maschine in die Textilindustrie eingeführt und diese damit auf einen vollkommen neuen Boden ihrer Arbeitsweise und Entwicklung gestellt haben, gerade diese haben den Undank ihres Fachgebietes in härtester Weise erfahren. Heute hat sich das Los des Erfinders im allgemeinen günstiger gestaltet: unsere ausgedehnte Patentgesetzgebung ermöglicht eine weitgehende Schutz und eine unter Umständen sehr ausgiebige Ausbarmachung selbst der kleinsten Neuerung, und gerade in der heutigen Textilindustrie gibt es neben den zahllosen Neuentdeckungen und Patenten, die sich nicht bewährt haben, doch auch zahlreiche solche, die ihren Urhebern große Gewinne eingebracht haben. Erfindertätigkeit oder patenttechnische „Kleinigkeiten“, d. h. Neuerungen, die nichts grundlegend Neues gebracht haben, sondern nur in einer Aenderung oder Verbesserung irgend eines kleineren Teiles bestehen, sind die Quelle großer Reichtümer geworden, und für viele dieser Erfindungen kann gesagt werden, daß der Gewinn, den sie gebracht haben, im umgekehrten Verhältnis zu ihrer technischen Bedeutung steht. Aber auch das hat sich in den letzten Jahrzehnten der Textilindustrie wiederholt, daß Erfindungen von größerer Bedeutung ihren Urhebern nichts außer Opfer und Mühen gebracht haben, dagegen für andere eine Quelle ergiebiger Nutzung geworden sind.

Die Kunst des Erfindens ist ein schwieriger Beruf, und noch schwerer ist es, mit dieser Kunst ideelle und materielle Anerkennung zu finden, wofür gerade die Geschichte der Erfindungen und der Erfinderschicksale in der Textilindustrie ein vielfältiger Beweis ist.

Der Erwerbslosen heruntergedrückt wird. Am besten wäre ja eine Verteilung der vorhandenen Aufträge auf alle Betriebe, damit nicht ein Teil der Betriebe still liegt, während der andere Teil mit Überstunden arbeitet.

In Sorau, M. L. haben die Leinenfabrikanten einen Abbaupercentage der Löhne um 5 Prozent beantragt. Das ist deshalb interessant, weil die Sorauer Leinenindustrie in ihren Löhnen weit hinter den Löhnen der übrigen Leinenindustrie in Deutschland steht. Beispiel:

	Sorau	M. Glabach/Dülken.
Hilfsarbeiter, männl.	38,8 Pfg.	51 Pfg.
Hilfsarbeiter, weibl.	30,8 Pfg.	38 Pfg.
Weber, Höchstspanne	45,1 Pfg.	57,6-63,8 Pfg.
Schlichter	51 Pfg.	63,8 Pfg.

Ferner beantragen die Sorauer Arbeitgeber eine Revision und Ausgleichung der tatsächlich gezahlten Löhne an die Tariflöhne. Damit will man die Akkordarbeiter treffen. Falls wirklich noch einige vorhanden sein sollten, die mehr als 10 Prozent über den festgesetzten Zeitlohn verdienen, soll der gekürzt werden. Die Arbeitgeber schreiben sich damit in das eigene Fleisch, denn die Arbeitslust wird durch solche Maßnahmen nicht gehoben.

In Nordbavarn lehnten die Arbeitgeber der leonischen Industrie einen Schiedspruch ab, der die Löhne in alter Höhe weiter laufen ließ. Die Ablehnung dieses Schiedspruches durch die Arbeitgeber beweist die Absicht, daß auch dort Befreiungen für einen Lohnabbau im Gange sind. Die Gewerkschaften haben die Verbindlichkeitserklärung beantragt.

Württemberg. Durch Vereinbarung vom 30. Dezember bleiben die alten Lohnsätze des Lohnabkommens 18. 7. 1925 bis 15. Februar 1926 unverändert bestehen. Von da ab gilt 14-tägige Kündigungsfrist. Absicht der Arbeitgeber war es, die Protokollnotiz aufzuheben, wonach bereits bestehende höhere Löhne nicht gekürzt werden dürfen. Also Lohnabbau unter der Hand.

Ein Nachwort zur Lohnbewegung in Baden.

Die billige deutsche Konkurrenz bringt die Schweizer Posamentenindustrie zum Erliegen.

Am 21. November v. J. wurde die badische Lohnbewegung durch einen Schiedspruch beendet, der die Seidenindustrie von einer Lohnherhöhung ausnahm. Die Arbeitgeber hatten damals alles getan, gerade für diesen Industriezweig die Konkurrenzunfähigkeit gegenüber dem Auslande nachzuweisen. Die Gewerkschaften erhielten unter dem 21. Oktober 1925 nachstehendes Schreiben, das wir nur auszugsweise wiedergeben:

„... Abgesehen von der Bandindustrie, wo bereits ernsthaft die Schließung von Betrieben erörtert wird, sind ganze Stoffgebiete anderer Art bereits an der Grenze der Arbeitsfähigkeit angelangt und würden bei jeder, auch der kleinsten Steigerung der Produktionskosten über jene Grenze hinausgedrängt und nur um so schneller zur Kurzarbeit gedrängt....

Wir stehen heute vor der Tatsache, daß das Ausland auf der ganzen Linie unsere eigene Produktion unterbietet....

Wir müssen also, Gewerkschaften, Arbeiter und Arbeitgeber, unser Bemühen jetzt auf den Punkt konzentrieren, die eigenen Produktionskosten und Preise zu senken, wenn wir überhaupt weiter arbeiten wollen....

Soweit die damalige Ansicht der Arbeitgeber. Daß diese Ansicht über die Auslandskonkurrenz nicht ganz richtig war, darüber belehrt uns ein Artikel in No. 20 der Textil-Zeitung, überschrieben:

Eine sterbende Hausindustrie.

Untergang des Schweizer Posamentengewerbes.

Zürich, 21. Januar.

In Siffach (Baselland) fand kürzlich eine von über 300 Personen besuchte öffentliche Posamenten-Versammlung statt, zu der sich Vertreter der schweizerischen Posamentenverbände aus 18 verschiedenen Städten der Schweiz eingefunden hatten. Landrat Busslinger referierte über die gegenwärtige Lage der Schweizer Posamentenindustrie und konstatierte, daß die eidgenössischen und kantonalen Behörden alles getan haben, was in ihrer Macht stand, um die trübselige Lage der einzelnen Posamentenfamilien zu lindern. Die eidgenössische Krisenkommission der Posamenterie hat mit einem Bestand von ca. einer halben Million schweizer Franken ihre Tätigkeit aufgenommen. Die Aussichten auf eine Besserung sind leider sehr gering, denn die deutsche und die englische Konkurrenz, die viel billiger liefern kann, hat das schweizerische Posamentengewerbe schwer geschädigt. Es wird ruhig behauptet, daß das Posamentengewerbe in der Schweiz auf die Dauer keine Existenz mehr bieten kann, und jeder Posamentier sollte, wenn irgend möglich, so bald es ihm die Verhältnisse erlauben, einen anderen Beruf ergreifen....

Die Tatsache, daß die Schweizer Posamentenindustrie stirbt, braucht uns noch nicht zu veranlassen, die dafür angeführten Gründe auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen. Wir sind mit den Arbeitgebern darin einig, daß die eigenen Produktionskosten und vor allem nach Möglichkeit die Preise gesenkt werden müssen. Daß diese Senkung aber nicht auf Kosten der Löhne erfolgen muß, zeigt uns obiges Beispiel von der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Seidenindustrie gegenüber der Schweiz.

Aus der Praxis, für die Praxis.

Ein Betriebsrat fordert für einen Artikel eine Lohnherhöhung von 5 Prozent, da der Verdienst nicht die tarifliche Höhe erreichen. Der Betriebsleiter lehnt die Forderung ab mit der Begründung: „Die Ware wird mit 1.30 M verkauft. Würde ich Ihre Forderung von 5 Prozent erfüllen, dann käme der Verkaufspreis so hoch, daß kein Mensch die Ware mehr nehmen würde. Denken Sie einmal an, 5 Prozent auf 1.30 M!“

Frage: Ist die Forderung des Betriebsleiters richtig? Um wieviel Pfg. würde sich der Weblohn steigern, wenn der Weblohn jetzt 10,6 Pfg. pro Meter beträgt und dieser Lohn um 5 Prozent erhöht werden müßte? Um wieviel Prozent steigt sich der Verkaufspreis der Ware, wenn der obengenannte Weblohn um 5 Prozent erhöht wird?

Dieses Beispiel ist nicht etwa willkürlich genommen, sondern entstammt der Praxis. Es wurde von einem Kollegen eingeleitet, der öfters mit Verhandlungen über Lohnherhöhungen zu tun hat. Der Kollege gibt an, wiederholt erlebt zu haben, daß Arbeitgebervertreter sich von den Betriebsleitern täuschen lassen und zuweilen nicht wußten, was sie auf ablenkende Begründungen der Firmenvertreter zu antworten hätten. Die Fragestellung soll alle Mitglieder, die mit den Arbeitgebern oder ihren Vertretern verhandeln müssen, zum Nachdenken und zur Schulung auf diesem Gebiete veranlassen. Die Antworten auf obige Fragen sind an die Schriftleitung der Verbandszeitung zu schicken. Die Lösung wird demnächst hier an der gleichen Stelle veröffentlicht.

Unbillige Härten bei Arbeiterentlassungen.

Massenentlassungen von Arbeitnehmern kennzeichnen das soziale Elend unserer Zeit. Da ist es wichtig, wenigstens die paar Schutzbestimmungen zu beachten, die der Gesetzgeber zur Abwendung der größten Not erlassen hat.

Zu diesen wenigen Schutzbestimmungen gehören die Kündigungsfristbestimmungen des Betriebsratsgesetzes. Für ihre Anwendbarkeit ist natürlich das Vorhandensein einer Betriebsvertretung zunächst einmal Voraussetzung. Alsdann müssen die, im wohlwollenden Interesse der Arbeitnehmer im Betriebsratsgesetz vorgeschriebenen Geschäfts-

ordnungsvorschriften gewissenhaft beachtet werden (§ 82 B.R.G.). Im wesentlichen kommt es also darauf an, daß die Betriebsvertretung zu einem objektiv einwandfreien Urteil über das Verhalten einer „unbilligen Härte“ im Sinne des § 84 Abs. 1, Ziffer 4 B.R.G. kommt. Sofern die Betriebsvertretung nicht in der Lage ist, vor dem Arbeitsgericht den schlüssigen Beweis dafür anzutreten, daß eine „unbillige Härte“ vorliegt, verzagt in der Regel das Einspruchsrecht aus dem B.R.G. Wann also muß eine Betriebsvertretung in einer Kündigung eine unbillige Härte erkennen?

Um es gleich vorweg zu nehmen: Eine allgemein gültige Definition des Begriffes „unbillige Härte“ gibt es nicht. Jedes starke System einer Begriffsbestimmung, und wäre es auch noch so vollkommen ausgebaut und durch Beispiele erläutert, müßte angesichts der Tatsache, daß die Verhältnisse nahezu in allen Fällen von Kündigungen anders, verschiedenartig, gelagert sind, versagen. — Die praktischen Erfahrungen haben gelehrt, daß die besten und meisten Erfolge im Einspruchsverfahren gegen Kündigungen immer dort erzielt worden sind, wo die Begriffsbestimmung „unbillige Härte“ die individuellste Interpretation erfahren hatte.

Die Verordnung vom 12. Februar 1920 über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung (Reichsgesetzblatt Seite 220) hatte im § 13 sehr beachtliche Richtlinien aufgestellt, nach denen beim Abbau von Arbeitnehmern verfahren werden sollte. Durch den Befehl § 13 der Verordnung vom 12. Februar 1920 erhielt der § 84 Abs. 1, Ziff. 4 des wenige Tage vorher verkündeten Betriebsratsgesetzes eine tiefere Bedeutung. Der Begriff „unbillige Härte“ erfährt durch den § 13 der Verordnung vom 12. Februar 1920 eine Auslegung, an die sich die Behörden, Schlichtungsausschüsse (später die Arbeitsgerichte), sowie die Arbeiter- und Angestelltenräte bei der Prüfung der Frage, ob in der Kündigung eine „unbillige Härte“ zu erkennen ist, immer gehalten haben.

Nun ist aber die Verordnung vom 12. Februar 1920 — und mit ihr natürlich auch der § 13 — im Herbst 1923 aufgehoben worden. Dieser § 13 lautet:

„Sollen Arbeitnehmer zur Verminderung der Arbeitnehmerzahl entlassen werden, so sind für die Auswahl zunächst die Betriebsverhältnisse, insbesondere die Erzeugharkeit des einzelnen Arbeitnehmers im Verhältnis zu der Wirtschaftlichkeit des Betriebes zu prüfen. — Sodann sind das Lebensalter und das Dienstalter sowie der Familienstand des Arbeitnehmers derart zu berücksichtigen, daß die älteren, eingearbeiteten Arbeitnehmer und diejenigen mit unterhaltungsbedürftigen Angehörigen möglichst in ihrer Arbeitsstelle zu belassen sind....“

Wie sollen nunmehr, nachdem wie gesagt diese Verordnung aufgehoben ist, die Arbeiter- und Angestelltenräte entscheiden?

Die Arbeitgeber behaupten, dem Sinn des § 84 B.R.G. entspreche es, daß nunmehr, d. h. nach Aufhebung der eben zitierten Verordnung vom 12. Februar 1920, der Begriff unbillige Härte nur noch davon abhängig sei, ob die Entlassung mittelbar oder unmittelbar „durch die Verhältnisse des Betriebes“ (Zitat aus § 84 B.R.G.) bedingt sei oder nicht.

Dieser Auffassung muß nachträglich widersprochen werden! Die Verhältnisse des Betriebes, auf die § 84 B.R.G. Rücksicht zu nehmen wünscht, sind nur ein Faktor, von dem die Entscheidung, ob in einer Kündigung eine unbillige Härte erkannt werden muß oder nicht, abhängt. Wie gesagt: Ein Faktor, nicht mehr! Im übrigen sind, und zwar hauptsächlich, nach wie vor die sozialen Verhältnisse des Bekündigten ausschlaggebend.

Also, um im Sinne der aufgehobenen Verordnung vom 12. Februar 1920, § 13, zu sprechen: Maßgebend ist,

- a) das Lebensalter,
- b) das Dienstalter,
- c) der Familienstand.

Innerhalb dieser drei Gesichtspunkte, die sich keinesfalls nachgeordnet gegenüberstehen, die vielmehr grundsätzlich gleichgeordnet sind, und die in ihrer Bedeutung oder Wichtigkeit bei der Beurteilung sozialer Härten nur durch die individuellen Verhältnisse bei vorkommenden Entlassungen einander über- oder nachgeordnet erscheinen können, hat sich die Entscheidung der Arbeiter- und Angestelltenräte, bezw. die Urteilsfindung der Arbeitsgerichte beim Einspruchsverfahren gegen Kündigungen auch heute noch zu orientieren.

Dieser Auffassung entspricht übrigens auch ein, von den Arbeitgebern und ihrer Presse gerne totgeschwiegener Bescheid des Reichsarbeitsministers vom 15. November 1924, Akt. 3, IV, R. 10614/24, veröffentlicht im Reichsarbeitsblatt Nr. 27/24 Seite 461, amtlicher Teil.

Es ist notfalls geboten, sich auf diesen reichsamtlichen Bescheid zu berufen. Aus dem Bescheid geht hervor, daß es nicht die Absicht der Regierung war, mit der Verordnung vom 12. Februar 1920, die durch den § 13 derselben Verordnung geschaffene Auslegung des Begriffes „unbillige Härte“ aufzuheben.

Nach wie vor gilt also für die Auslegung des Begriffes „unbillige Härte“ die Richtlinien a) Lebensalter, b) Dienstalter, c) Familienstand, und zwar dergestalt, daß von Fall zu Fall zu prüfen ist, ob diese drei Gesichtspunkte gleichwertig in die Wagschale zu werfen sind, oder ob dem Familienstand, oder ob dem Lebensalter größere oder geringere Bedeutung beizumessen ist. — Eine Schablone, die für alle Entlassungsfälle schematisch verwendbar wäre, gibt es nicht. Der Urteilsfähigkeit und der Gewissenhaftigkeit der Arbeiter- und Angestelltenräte bleibt es vorbehalten, in jedem Einzelfall die gegebenen drei Gesichtspunkte richtig einzuwerten und so den Entlassungsschick aus dem Betriebsratsgesetz als eine scharfe Waffe gegen Willkürakte mancher Unternehmer zu gebrauchen.

Sahpreisermäßigung für Jugendfahrten.

Vor April 1925 gewährte die Reichsbahn für Jugendfahrten eine Sahpreisermäßigung von 50 Prozent. Anfang April setzte die Reichsbahngesellschaft die Ermäßigung von 50 Prozent auf 33 1/3 Prozent herab. Diese unverständliche Maßnahme hat feinerzeit bei den Jugendorganisationen und bei allen Freunden der Jugend berechtigten Widerspruch ausgelöst. Sowohl die Sportverbände als auch der Ausschuß der deutschen Jugendverbände erhoben Protest gegen das Vorgehen der Reichsbahngesellschaft. Auch das Reichsministerium des Innern, das Preuß. Wohlfahrtsministerium, sowie die Ministerien von Bayern und andern Ländern sprachen sich für Wiederherstellung der früheren Sahpreisermäßigung aus. Der Reichstagsausschuß für Verkehrsangelegenheiten faßte im Juli 1925 ebenfalls gegen die Stimme des Reichsverkehrsministeriums einen Antrag, der das gleiche Ziel verfolgte. Dieser Antrag hatte weiter zum Zweck, Bestimmungen zu schaffen, die eine mißbräuchliche Ausnutzung der Sahpreisermäßigung verhüten sollten. Endlich wandten sich inzwischen auch noch die Hauptvereinigungen des Bundes deutscher Verkehrsvereine und des Verbandes deutscher Gebirgs- und Wandervereine mit dem gleichen Ersuchen an die Reichsbahn.

Leider blieben alle diese Bemühungen bisher erfolglos. Die Reichsbahn-Ges. beharrt auf ihrem ablehnenden Standpunkt. Das ist tief bedauerlich. In keinem Lande der Welt erlitt die Volkskraft einen solchen Zusammenbruch wie bei uns. Und gerade die Jugend hat unter den Auswirkungen des Krieges und der Nachkriegszeit besonders gelitten. Ihr vor allem müßte darum jede nur mögliche Gelegenheit zur körperlichen und geistigen Erholung geboten werden. Eines der geeignetsten Mittel hierzu sind die Wanderschaften. Diese Fahrten bringen die Jugend wieder in Verbindung mit der Mutter Natur, der Kraft- und Lebenspenderin. Angesichts der trostlosen wirtschaftlichen Lage dreier

Volkschichten bedeutet die rückschrittliche Wagnahme der Reichsbahn eine erhebliche Erschwerung für die Veranftaltung von Jugendfahrten. Die Reichsbahn beruft sich auf den Antrag zur Sparfahrmittel zur Ermäßigung der Reparationsleistungen. Gut. Wir haben dafür Verständnis. Dann beginne man aber nicht mit Sparmaßnahmen, die die Volkskraft, diesen Urquell aller Wirtschaftlichkeit, beeinträchtigen. Heute sind wir durch das Vorgehen der Reichsbahn glücklich soweit gekommen, daß wir hinsichtlich der Sahpreisermäßigung für Jugendfahrten selbst hinter den europäischen Kleinstaaten erheblich zurückgeblieben.

Aus all den Gründen verdient die Eingabe, die neuerdings wieder der Verband für deutsche Jugendherbergen an den Reichstags-Ausschuß für Verkehrsangelegenheiten gerichtet hat, auch unsererseits warmste Unterstützung. In dieser Eingabe fordert er Wiederherstellung der 50-prozentigen Sahpreisermäßigung bis spätestens 1. April 1926, und eine Überprüfung der bestehenden Bestimmungen über das Zulassungsverfahren und die Mindestteilnehmerzahl, um einen möglichst großen Teil der Jugend für die frühzeitige und regelmäßige Sinkehr zum Gesundbrunnen Natur zu gewinnen.

Wöge die Reichsbahn den eindringlichen Vorstellungen aller, die es gut mit Jugend und Volk meinen, endlich Gehör schenken. Fr. F.

Allgemeine Rundschau.

„Die Lohnherhöhung wird bewilligt“

Der alte Haezeler, der „der alte Gottlieb“ genannt wurde, war wohl die volkstümlichste Persönlichkeit im ganzen deutschen Heere. Ein ganzer Kranz von Sagen wab sich um seine Persönlichkeit. Seine Untergebenen liebten ihn, trotzdem sie wußten, daß er ein strenger Vorgesetzter war.

Als Gutsbesitzer von Harnhop, wo er auch geboren ist, hatte der „alte Gottlieb“ dieselben Gewohnheiten, die ihn als Offizier auszeichneten. Er forderte von seinen Leuten viel, war aber für gerechte Vorstellug zugänglich. Eines Tages erklärten ihm seine Leute, daß sie zu den alten Lohnbedingungen nicht arbeiten könnten, da die Kartoffelernte sehr schwierig sei. Graf Haezeler erwiderte kein Wort, sondern er ließ sich eine Sackz geben und arbeitete mit seinen Leuten im Schwelge seines Angesichts bei der Kartoffelernte mit. Als er sechs Stunden tätig gewesen war und sich kaum noch aufrichten konnte, hatte er die richtige Vorstellung von den Mühen, denen seine Leute unterworfen waren, und er rief die Leute zu sich, um sie zu erschauen. Dann erklärte er ihnen: „Ihr habt recht. Leute, die Arbeit ist schwer und muß besser bezahlt werden. Die Lohnherhöhung wird bewilligt.“

Diese Methode wäre manchen Arbeitgebern zur Nachahmung zu empfehlen.

Fern der Heimat.

Der „Volksbund Deutsche Kriegergräberfürsorge“ veröffentlicht einige Zahlen, die uns — wirksamer als alle Kriegsgreuel-Schilderungen — sagen, was der Krieg ist: Im Ausland befinden sich über hunderttausend deutsche Kriegerfriedhöfe mit fast zwei Millionen Gräbern! Der größte Teil hiervon liegt in Frankreich. Dort gibt es 451 000 Einzelgräber bekannter Toten und 499 000 Gräber unbekannter Toten. Von diesen sind 225 000 in Sammelgräbern beigesetzt, die anderen sind nicht mehr auffindbar gewesen. Unter den Trümmern von Verdun liegen nach französischer Schätzung noch etwa 150 000 unbestatteter Soldaten. In einem einzigen Massengrab Saint Laurent Blangy sind 35 000 Tote vereinigt! Von den Franzosen sind 2500 Friedhöfe aufgelöst worden. Die dort beigesetzten Soldaten sind nach Zentralfriedhöfen umgebettet worden.

Wir sollen diese Zahlen einmal ruhig auf uns wirken lassen! Das ist die eine Seite des Krieges. Es gibt noch mehr. Und der Erfolg? Bei Siegern und Unterlegenen? — Denken wir daran!

Aus unserer Bewegung.

XI. Kongreß der christlichen Gewerkschaften.

Tagungsort Dortmund.

Der Ausschuß des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften beschloß auf seiner letzten Tagung (im Oktober vorigen Jahres zu Saarbrücken) die Abhaltung des nächsten Gewerkschaftskongresses im Frühjahr 1926. Dem Vorstand des Gesamtverbandes wurde überlassen, das Weitere zu bestimmen.

Die Entscheidung ist nunmehr dahin gefallen, daß der XI. Kongreß der christlichen Gewerkschaften am 17. April und die folgenden Tage in Dortmund stattfindet. Tagungslokal wird wahrscheinlich die „Kronenburg“ in Dortmund sein.

Als Tagungsordnungsgegenstände sind außer dem Bericht des Ausschusses, den üblichen Vorträgen und der Beratung eingegangener Anträge, wichtige soziale und wirtschaftliche Fragen vorgesehen. Es ist die Behandlung folgender Fragen in Aussicht genommen:

Die christlichen Gewerkschaften und die Gestaltung des deutschen Volkslebens.

Die Ordnung des Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Lage und Aufgaben der deutschen Wirtschaft.

Die deutsche Sozialpolitik in Vergangenheit und Zukunft.

Das Wohnungs- und Siedlungsproblem.

Grundlagen und Wege des gewerkschaftlichen Bildungswesens.

Die beiden einleitenden Vorträge grundsätzlicher Art werden von Stegerwald und Imbusch gehalten werden.

Der letzte Kongreß der christlichen Gewerkschaften fand im Jahre 1920 zu Essen statt.

Aus unserer Arbeiterinnenbewegung.

Einen Beitrag zum Kapitel Arbeiterinnenschutz.

Im vergangenen Jahre las ich einmal in dem Frauenblatt der christlich-Unionistischen eine Schilderung über ein vorbildlich eingerichtetes Fabrikunternehmen in England. Da dachte ich: Wie lange mag es noch dauern, bis wir in Deutschland auch nur entfernt so weit kommen werden? Mit Folgendem möchte ich meinen Kollegen und Kolleginnen schildern, was auch heute noch, trotz der großen Erfolge unserer Gewerkschaftsbewegung der Arbeiterinnenschutz geboten wird, in Betrieben, wo nur krasser Egoismus, kalte Geldgier und Profitgier herrscht. Sigmund Freud, ich weiß, daß ihr ja alle gerne wandert, so lade ich euch alle herzlich ein, im Geiste mit mir zu wandern in eine große Baumwollspinnerei im Westen Deutschlands. Selbige liegt etwas fernwärts von der Stadt entfernt in die weiten Lande hinein. Eine mit schönen, schattenspendenden Kastanienbäumen bepflanzte Landstraße führt zu dem Werk. In einem großen, neuen Hallenbau stehen die allerneuesten Maschinen. Alles, was auf dem Gebiete der Technik ausgeklügelt wurde, ist hier in den Dienst des Werkes genommen worden. Als die Maschinen, fein gepußt, stillstanden, waren sie ein herrliches Schauspiel. Inzwischen als Leben und Bewegung darin kam, war die Herrlichkeit schnell zu Ende, denn gar bald konnte man nichts mehr übersehen, weil sie riesige Staubwolken aufwirbelten. Letztere legten sich dann zu Haufen auf die Querbahnen, die den Raum durchziehen. In meinem größten Leidwesen sehe ich, daß keinerlei Staubsauger-Apparate angebracht sind. — Also um gute, taubelose Ware herzustellen zu können, werden die besten Maschinen angeschafft. Gut

Unsere wichtigste Aufgabe

muss darin bestehen, jene jüngeren Verbandsmitglieder heranzubilden und zu erziehen, denen wir bereit die Sache, die uns aus Herz gewachsen ist, voll Vertrauen übergeben können.

So! Aber das kostbarste, was es auf Erden gibt, den Menschen zu schenken, das hält man nicht für notwendig. Wohl suchen sich die Kolleginnen selbst zu schütten, indem sie Tücher um den Kopf schlagen und Kleiderbüchsen tragen, aber wieviel Staub sie einatmen, und wie viele junge Mädchen hier den ersten Keim der Lungentuberkulose bekommen, läßt sich doch gar nicht errechnen. — Nun sieht die Werksleitung wohl ein, daß diese Staubmengen nicht auf den Querbalken liegen bleiben können. Darum wird ein Kollege beauftragt, während der Mittagspause, vermittelt einer langen Stange, daran ein Tuch gebunden, diesen Staub zu entfernen. Das geschieht insofern, als riesige Staubmengen wie Schneeflocken im Arbeitsaal herum fliegen. Hiergegen wehren sich natürlich die Kolleginnen, weil die Staubflocken in's Gesicht hineinfliegen. Gest, jetzt sagt ihr: Warum gehen sie dann nicht in den Speiseraum? Warum bleiben sie an Röhren und Kästen und an den Maschinen sitzen? Habt recht, wenn ihr so fragt, aber ein Speiseraum ist nicht da! Schon lange hat unser Verband Forderungen zum Schutze von Leib und Leben unserer Kolleginnen und Kolleginnen aufgestellt und einen Speiseraum verlangt. Inzwischen die Werksleitung erklärte, mit bestem Willen könnte sie die Wünsche, deren Berechtigung sie wohl empfindet, nicht erfüllen, weil eben das nötige Geld nicht da wäre. Daß in demselben Jahre eine villenartige Direktormohung gebaut würde, in deren glasverdeckte Verandaflächen sich die Morgenröte spiegelt, sei nach dem Verständnis halber nebenbei bemerkt. Wie es in demselben Werk mit den sanitären Einrichtungen bestellt ist, sei demnächst einmal geschildert.

Soweit die Schilderung der Kollegin. Die Darstellung, ganz lebendig aus dem Arbeitsverhältnis entnommen, zeigt uns, daß die Kollegin nicht gedankenlos in den Tag hineinfliehet, sondern sich über die Betriebsverhältnisse ihre Gedanken macht. Wir würden es freudig begrüßen, wenn diesem Beispiele der Kollegin noch recht viele Verbandsmitglieder folgen und ihre Gedanken, Wünsche und Beobachtungen ebenfalls in unserer Verbandszeitung weiteren Mitgliederkreisen bekannt geben würden. Es gibt doch noch so manche Fragen, zu denen auch die Mitglieder in ihrem eigenen Interesse öffentlich Stellung nehmen sollten. Die Verbandszeitung gibt jedem Mitglied gerne Gelegenheit, seine eigene Meinung zu allen die Arbeiter interessierenden Fragen zu äußern. Vor allem ist es wünschenswert, daß die im gewöhnlichen Arbeitsverhältnis stehenden Mitglieder in der Verbandszeitung zum Worte kommen.

Eine bedeutungsvolle Bezirksarbeiterinnenkonferenz für den westfälischen Bezirk.

Am 16. und 17. Januar in Münster im Kettelerheim statt. Die Leitung dieser Tagung lag in den Händen des Kollegen Seeke-Münster. Dieser konnte 44 Kolleginnen aus 27 Ortsgruppen und die Geschäftsführer der Sekretariate begrüßen. Nur drei Vorträge waren vorgesehen, um viel Zeit für die Aussprache zu haben.

Kollegin Boitash-Düsseldorf berichtete über die Entwicklung der Frauenverbände im allgemeinen und über die besondere Entwicklung unserer Arbeiterinnenbewegung im westfälischen Bezirk. Die Schar der Mitarbeiterinnen in diesem Bezirk hat nicht allein zugenommen, sie ist auch lebendiger und zielbewußter in der Arbeit geworden. Dazu hat besonders die Tätigkeit der Kolleginnen Maria Haerkötter und Therese Janzen, wie auch die öfteren Sekretariatskonferenzen für die Kolleginnen beigetragen. Ferner behandelte Kollegin Boitash grundrisslich die körperliche und geistige Erziehung der erwachsenen Frauenwelt, wie auch die Zielsetzung unserer christlichen Arbeiterinnenbewegung.

Als zweite Rednerin sprach Kollegin Haerkötter-Meine. Klar und ausführlich zeichnete sie den Zuständen die gesetzlichen Bestimmungen des Arbeiterinnen- und Jugendschutzes in der Textilindustrie. Auch unsere weiteren Wünsche auf diesem Gebiet schilderte die Kollegin. Der Arbeiterinnenkommissionen vornehmste Aufgabe muß es werden, gerade auf diesem Gebiete in allen Betrieben tatkräftig mitzuarbeiten und die Betriebsräte zu unterstützen. Viel mehr Kolleginnen müssen sich bereit erklären, sich bei den nächsten Betriebsrätewahlen aufstellen zu lassen.

Am anderen Morgen wohnten die Konferenzteilnehmerinnen dem Gottesdienst in der Kapelle im Kettelerheim bei. Herr Diözesanpräses Dr. Konemann wies in seiner Ansprache auf das Christuskind in der Krippe hin und zeigte, wie wir von ihm die edelsten Eigenschaften lernen können: Opferbereitschaft und dienende Liebe. Diese beiden Eigenschaften müssen sich besonders führende Personen zu eigen machen. Christus, der Stifter unserer Religion, hat sie in höchster Vollkommenheit besessen und sie bis zum Äußersten geübt. Herr Dr. Konemann schilderte dann noch die christliche Auffassung jeglicher Arbeit und zeigte wiederum an Christus, wie er auch die einfachste und geringste Arbeit geübt hat. Gerade die führenden Personen müssen stets an sich arbeiten, um wahre Christen zu werden. Nicht zu den Scheinchristen dürfen wir zählen, die wohl der äußeren Form nach das Christentum wahren, aber nicht nach der christlichen Lehre handeln.

Gegen 9.30 Uhr eröffnete Kollege Seeke alsdann wieder die Tagung. Er stellte die Vorträge vom vergangenen Tage zur Aussprache. Durch geschickte Fragestellungen erzielte Kollege Seeke eine vielseitige und sehr lebendige Diskussion. Daraus ging hervor, daß in den Betrieben, wo die Belegschaft wenig organisiert ist, die verschiedenartigsten Missetände herrschen, die bei einer gut organisierten Arbeiterchaft längst behoben wären.

Das dritte Referat hielt Kollegin Therese Janzen-Embseden. Sie sprach über: Die organisatorischen und agitatorischen Aufgaben der Arbeiterinnenbewegung im westfälischen Bezirk. Stark betonte sie die Zusammenarbeit der Arbeiterinnenkommissionen mit Ortsgruppenvorstand, Sekretariats- und Bezirksleitung, Arbeiterinnenrat, Betriebsrat und den konfessionellen Vereinen und den Frauen der sozialen Berufe. Kollegin Janzen wies ferner hin auf die Vorteile einer planmäßigen und zielbewußten Arbeit. Auch nach diesem Vortrag beteiligten sich Kolleginnen und Sekretariatsleiter an der Aussprache. In seinem Schlußwort betonte dann Kollege Seeke aufmunternde Worte an die Kolleginnen. Er betonte vor allem Dingen nochmals die Notwendigkeit der Zusammenfassung der Mitarbeiterinnen in Arbeiterinnenkommissionen. Dadurch wird eine intensivere und zielbewußtere Arbeit unter der Frauenwelt erreicht. Ferner empfahl Kollege Seeke, daß sich diese Bezirksleitung in den Sekretariats- und Sekretariatskonferenzen zu veranlassen, damit die empfangenen Anregungen bald in die Tat umgesetzt werden können. In der Zeit der Krise wird es sich zeigen, ob unsere Mitarbeiterinnen die Ziele unserer christlichen Bewegung im Herzen tragen und auch bereit sind, Opfer zu bringen.

Aus unserer Jugendbewegung.

Ein Jahr Jugendarbeit in M. Gladbach.

Deutschlands Zukunft liegt bei der Jugend. Aus diesem Grunde sucht man auf allen Gebieten die Jugend zu interessieren und sammelt sie in Vereinen, in Parteien und in sonstigen Korporationen. So wurde auch von den christlichen Gewerkschaften versucht, die Jugend für sich zu gewinnen. Aus diesem Anlaß fanden all-

orts Jugendversammlungen und Kurse statt. Man machte aber die trübe Erfahrung, daß durch Versammlungen die Jugend auf die Dauer nicht zu halten war. Die Jugend, hauptsächlich die männliche, war zu sehr auf sportlichem und sonstigen Gebiete eingestellt. Für soziale und wirtschaftliche Fragen fand man bei der heutigen Jugend gar keine, oder nur wenig Beachtung. Da es nun nicht so weiter mit der Jugend gehen konnte, und Sozialdemokraten und Kommunisten es verstanden, durch Lockmittel und sonstige großen Versprechungen die Jugend zu sich hinüber zu ziehen, beschloß in M. Gladbach der christliche Textilarbeiterverband zur Gründung einer männlichen Jugendgruppe zu schreiten. Um den Gedanken zur Ausführung zu bringen, lud die Sekretariatsleitung eine Anzahl Jungmänner zu einer Besprechung ein. Dies war am 24. Oktober 1924 im katholischen Jugendheim Eichen. Zu dieser Zusammenkunft fanden sich zirka 10 Mann ein. Alle waren von dem Gedanken befeuert, eine Jugendgruppe zu bilden. Man wollte noch öfters zusammen kommen. Nachdem wir uns eine halbe Stunde unterhalten hatten, erschied der Sekretariatsleiter, Kollege Lorenz. Er legte uns in kurzen Worten klar, was die Jugend für die Christlichen Gewerkschaften sein soll. Da alle Anwesenden mit Leib und Seele dafür waren, sich in die Reihe der Mitarbeiter des Christlichen Textilarbeiterverbandes zu stellen, schritt man zur Gründung einer Jugendgruppe. Jetzt, wo die Gründung perfekt war, mußte ein Vorstand gewählt werden. Drei Kollegen nahmen das Amt als Vorstandsmitglieder an. Dies war die erste Gründung einer Jugendgruppe im Christlichen Textilarbeiterverband, Bez. M. Gladbach.

Im Laufe des Abends legte Kollege Lorenz dar, was die Jugendgruppe bezwecke. Er ging von dem Dichterwort aus: „Jugend werde Mann!“ Der Zweck der Jugendgruppe soll vor allen Dingen Schulung auf gewerkschaftlichem Gebiete sein. Unter anderem soll erstrebt werden, das von den alten Gewerkschaftlern Erworbene zu halten und mehr auszubauen. Die Ausführungen des Kollegen Lorenz fanden Anklang. Jeden Monat sollte eine Zusammenkunft sein. Das wurde von der Versammlung nicht anerkannt. Man beschloß, alle 14 Tage zusammen zu kommen. Die Versammlungsteilnehmer erklärten, durch eifrige Werberarbeit die neugegründete Jugendgruppe immer mehr auszubauen. So gingen alle zufrieden von der ersten Zusammenkunft nach Hause.

Wie die Jugend ihr Versprechen gehalten hat, bewies die nächste Versammlung, die aus Sparsamkeitsrücksichten auf dem Verbandsbüro stattfand. Es waren jetzt schon über 40 Kollegen. Man kann sich jetzt ausmalen, wie es auf dem Verbandsbüro aus sah, da es doch nicht genügend Stühle gab, um allen einen Sitz zu geben. Man fand aber schnell einen Ausweg. Zwei Stühle setzte man immer nebeneinander und legte Bretter darüber. Da dies nicht ausreichte, mußten Schreibpulte und Müllimer noch in Anspruch genommen werden, um allen einen Sitzplatz zu verschaffen. So wurde bei uns in der Jugendgruppe der Jugend unterbreitet, wie die Christlichen Gewerkschaften entstanden waren und was Zweck und Ziel derselben sei. Die regelmäßigen Zusammenkünfte konnten jetzt nicht mehr als Versammlungen angesehen werden, sondern als Kursusabende, wo wir als Jugend auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete im christlich-nationalen Sinne aufgeklärt wurden. Lange Vorträge wurden nicht gehalten. Dadurch konnte Gefahr laufen, die Jugend zu langweilen. Um dieses zu verhindern beschloß man, die Versammlungen in Diskussionsabende umzuwandeln. Jeder Teilnehmer konnte sich jetzt frei aussprechen über Fragen des Arbeiterrechts, der Gewerbeordnung und des Betriebsrätegesetzes, überhaupt über jegliche Frage in und außer dem Betriebe. So war eine richtige Arbeitsgemeinschaft gebildet, wie sie auch noch besteht. Dadurch machte man die Erfahrung, daß die Jugendgruppe immer größer wurde. So sehen wir, daß die Jugend doch noch für gewerkschaftliche Fragen zu interessieren ist. Man muß es nur verstehen, mit ihr umzugehen.

Wie bei uns die Jugendbewegung jetzt Fuß gefaßt hat, ist aus Nachstehendem zu ersehen. In M. Gladbach fanden im Laufe des Jahres insgesamt 25 Versammlungen statt, die immer, wie die geführte Anwesenheitsliste nachweist, sehr gut besucht waren. Es ist erstaunlich, daß auch in den Sommermonaten die 14-tägigen Versammlungen von rund 25 bis 30 Kollegen besucht wurden.

Der Mitgliederbestand war bei der Gründung 10. Durch Werberarbeit brachte es die Gladbacher-Jugendgruppe auf 50. Wie es nun in jeder Bewegung vorkommt, daß der Mitgliederbestand sich hebt und senkt, so hatten wir bei der General-Versammlung einen Verlust von 7 Mitgliedern zu verzeichnen. Dieser konnte aber in der nächsten Versammlung schon wieder um 3 wettgemacht werden. Wir hoffen, in den Wintermonaten durch mehr Werberarbeit unseren alten Mitgliederbestand wieder zu erreichen und noch zu vermehren.

Der Vorstand der Jugendgruppe, der aus 6 Mitgliedern besteht, tagte im Laufe des Jahres 12 mal. Daß fruchtbringende Arbeit in unserer Jugendgruppe geleistet wird, beweist, daß heute schon 18 Kollegen als Vorstands- und Vertrauensleute bei den einzelnen Ortsgruppen tätig sind.

Als Mittel zum Zweck mußte auch für den gemütlichen Teil Sorge getragen werden. Wir bildeten eine Theater- und Mandolinenteilung. Darin wurden auch gute Fortschritte gemacht. Sei den Jubiläumstagen in den einzelnen Ortsgruppen hat unsere Jugendgruppe für den gemütlichen Teil Sorge getragen. Jede Jubiläumstagsfeier brachte uns agitatorische Vorteile. Ferner hielt die Jugendgruppe einen Werbeabend ab. Dieser fand bei der Öffentlichkeit guten Anklang. An einem Wochenend-Kursus, der von der Bezirksleitung abgehalten wurde, haben von der Zentrale zwei Redner teilgenommen. Dies ist das Sinn- und Lehrreichte gewesen, was in der Jugendgruppe geboten wurde. Der Kursus fand zusammen mit der Jugendgruppe am 25. und 26. Juli in M. Gladbach statt. Er fand bei allen Teilnehmern guten Anklang. Es wurde dabei der Wunsch geäußert, noch mehr Kurse dieser Art abzuhalten. Für den kommenden Winter ist wiederum ein Werbeabend vorgesehen, ferner ein Stenographie-Kursus. Wir hoffen, daß das Vorgehene einen guten Verlauf nimmt.

Aus dem Angeführten ist zu ersehen, daß es von großer Bedeutung ist, die Jugend für gewerkschaftliche Ideen zu gewinnen. Für unsere schon gewonnene Jugend besteht die heilige Pflicht, die Jugendbewegung im christlich-nationalen Sinne mehr auszubilden und zu fördern, zum Segen der Christlichen Gewerkschaften und des ganzen Arbeiterstandes.

Aus unseren Verbandsbezirken.

Der Gauleiter des Deutschen Textilarbeiterverbandes berichtet!

Der Textilarbeiter, Organ des Deutschen Textilarbeiterverbandes, bringt in der Nummer 2 vom 15. Januar 1926 unter anderem den Bericht einer außerordentlichen Gaukonferenz des Gauess Barmen, die am 6. Dezember 1925 in Köln stattgefunden hat. Der Gauleiter gab bei seinem Bericht über die Mitgliederbewegung auch die Zahlen der gewählten Betriebsräte von 1925 bekannt. Danach entfallen in seinem Bezirk auf den deutschen Textilarbeiter-Verband 1798 Betriebsratsmitglieder, auf den christlichen Textilarbeiter-Verband 943 Betriebsratsmitglieder; außerdem auf die Hirsch-Dunckerischen 19, die Union und sonstige Gruppen 40 Betriebsratsmitglieder.

Wenn sich auch, wie oft gesagt wird, mit Zahlen alles beweisen läßt, so hätte der Gauleiter des deutschen Textilarbeiterverbandes bei seinem Bericht doch so objektiv sein müssen, die von ihm genannten Zahlen nicht als die der gewählten Betriebsräte überhaupt, sondern als die von seiner Organisation erfassten Zahlen hinzustellen. Dem Gauleiter des deutschen Textilarbeiterverbandes wird es wohl bekannt sein, daß es hier im Westen, insbesondere in Westfalen, eine große Anzahl Betriebe gibt, wo keine Organisation nicht durch Betriebsräte vertreten ist. Das umgekehrte Verhältnis in anderen Gebieten auf uns angewendet, geben wir ohne weiteres zu. Wenn diese Tatsachen aber, woran wohl keiner zu zweifeln wagt, bestehen, dann ist ohne weiteres klar, daß der Bericht eine irrtümliche Meinung heroorrufen muß.

In Nummer 42 der „Textilarbeiterzeitung“ vom 17. 10. 1925 ist der Bericht über die Betriebsräteahlen des Jahres 1925 enthalten. Wenn wir nun die für den Gaubezirk Barmen in Betracht kommenden Gebiete aus demselben herausnehmen, so ergibt sich folgendes Bild:

gewählte Betriebsräte des christlichen Textilarbeiterverb.	1988
gewählte Betriebsräte aller anderen Organisationen einschließlich des deutschen Textilarbeiterverbandes	1076
Arbeiterratsmitglieder des christlichen Textilarbeiter-Verb.	2096
Arbeiterratsmitglieder des deutschen Textilarbeiter-Verb.	1082
Arbeiterratsmitglieder des Hirsch-Dunckerischen	19
Arbeiterratsmitglieder der Syndikalisten	15
Arbeiterratsmitglieder der Unorganisierten	19

Auf Grund der Fragebogen und Kartothek sind wir in der Lage, die absolute Richtigkeit dieser Zahlen jederzeit zu beweisen. Wir sagen aber in dem Bericht ausdrücklich, daß es sich um die Feststellung innerhalb unseres Verbandes handelt. Würden wir das nicht tun, dann müßte der Leser diese Zahlen als absolute betrachten und käme zu einer ganz irrigen Auffassung.

Wir nehmen nun nicht an, daß der Gauleiter des Deutschen Textilarbeiterverbandes den Glauben erwecken wollte, als hätte der Deutsche Textilarbeiterverband im westlichen Bezirk 1798 und der Christliche Textilarbeiterverband 943 Betriebsratsmitglieder. Sollte das aber doch der Fall sein, dann diene ihm und allen anderen Lesern des Organs des Deutschen Textilarbeiterverbandes vorstehende Richtigstellung zur Erklärung und Belehrung.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Bocholt. Am Sonnabend, den 16. dieses Monats, verschied unser lieber Kollege Bernhard Wilhelm. Mit ihm ist wiederum einer der alten Kämpfer hinübergegangen. Er war einer der Gründer unserer Ortsgruppe, ein Vorbild und Muster in unserer Arbeiterbewegung. Möge Gott ihm den Lohn geben für sein erfolgreiches Wirken. Ein ehrendes Andenken ist ihm bei der Bocholter Mitgliedschaft gesichert.

Besondere Bekanntmachungen.

Das Textilarbeiterjahrbuch für 1926 kann nicht mehr durch die Zentrale bezogen werden. Bei dieser ist die Auflage vollständig vergriffen. Den Bezirksleitern wurde eine beschränkte Anzahl Jahrbücher zum Vertrieb überlassen. Darum können Bestellungen auf das Jahrbuch direkt bei der Bezirksleitung erfolgen. Bezirksleiter, die noch Jahrbücher besitzen, die sie voraussichtlich nicht mehr verkaufen können, sollten diese der Zentrale oder benachbarten Bezirksleitern zum Zwecke des Vertriebs zur Verfügung stellen.

Versammlungskalender.

M. Gladbach-Hardterbroich, Sonntag, den 7. Februar, vorm. 10.30 Uhr, im Lokale Hubert Pöggens, Wühlenstraße, General-Versammlung. Der Ortsgruppenvorstand.

Vom Arbeiter zum Direktor!

(Untermeister, Meister, Obermeister, Betriebsleiter.)

Können und Wissen ermöglichen jedem Fortwärtstrebenden diesen Aufstieg, der seine Kenntnisse aus der bedeutendsten Textil-technischen Fachschrift der Welt

Welliand Textilberichte, Mannheim.

schöpft! Mäander von den Lesern dieser Fachschrift hat seinen Direktorposten diesem einzig dastehenden Werk zu verdanken. Jeder technische Angestellte der Textilindustrie, ob Arbeiter oder Meister, muß dieses Werk studieren, wenn er nicht zeitweilig in untergeordneter Stellung bleiben will.

Offene Stellen:

Im Heft 2 vom 1. Februar 1926 werden folgende offene Stellen nachgewiesen:
1 Krempelmeister, 1 Selsfaktor-
meister, 1 Reihmeister, 1 Krempelmeister, 1 Selsfaktor-
meister, 7 Webmeister, 8 Strickermeister, 1 Schlichter,
1 Biker, 13 Färbermeister, 9 Färber, 4 Appreturmeister,
1 Rangellemeister, 2-Appreture.

Monatlich ein Heft — ca. 200 Seiten stark — M. 4.—
Mitglieder des Christlichen Textilarbeiterverbandes erhalten 50 Prozent Rabatt, zahlen also nur M. 2.— und 30 Pfennig Porto bei Voreinsendung. Bestellungen mit Angabe der Mitgliedsnummer sind zu richten an:
Welliand Textilberichte, Mannheim.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Wo liegt die Schuld? — Zum Problem der Wirtschaftskrise. — Lohn- und Arbeitsfreitigkeiten. — Wilhelm Hermes. — Unbillige Härten bei Arbeiterentlassungen. — Fahrpreiserhöhungen für Jugendfahrten. — Feuilleton: Erfinderschicksale in der Textilindustrie. — Allgemeine Rundschau. — Die Lohnherhöhung wird bewilligt! — Fern der Heimat. — Aus unserer Bewegung. XI. Kongreß der christlichen Gewerkschaften. Tagungsort Dortmund. — Aus unserer Arbeiterinnenbewegung: Einen Beitrag zum Kapitel Arbeiterinnenbeschäftigung. — Eine bedeutungsvolle Bezirksarbeiterinnenkonferenz für den westfälischen Bezirk. — Aus unserer Jugendbewegung: Ein Jahr Jugendarbeit in M. Gladbach. — Aus unseren Verbandsbezirken: Der Gauleiter des Deutschen Textilarbeiterverbandes berichtet. — Berichte aus den Ortsgruppen: Bocholt. — Besondere Bekanntmachungen. — Versammlungskalender. — Inserat.

Für die Schriftleitung verantwortlich Gerhard Müller, Düsseldorf, Horststr. 7